

HINHOCKEN GEGEN HÖCKE

Die Rostocker AfD gibt nicht auf. Noch nicht. Wieder zogen die Rechten durch die Stadt, doch der Widerstand, der sich ihnen entgegenstellte, war größer denn je.

Der „Leuchtturm des Widerstandes gegen das Staatsversagen“ sollte Rostock werden, so mobilisierte die AfD vollmundig zu ihrem großen Spektakel mit Björn Höcke, dem Thüringer Fraktionsvorsitzenden und Liebling der braunen Schreihäule. Die Ereignisse in Chemnitz wenige Wochen zuvor sollten der AfD als Fanal dienen, als Auftakt zu einer „großartigen Freiheitsbewegung“ und „Demo-Offensive“, wie man in einem Flyer nachlesen konnte, den die AfD in den Tagen vor dem 22.9. in viele Haushalte hatte verteilen lassen. Doch die Offensive verpuffte, denn die Gegenoffensive der Rostocker Zivilgesellschaft erwies sich als haushoch überlegen.

Bereits am Abend vor dem 22.9. zog eine Antifa-Demo friedlich durch die Stadt. Martialische Aufrufe im Vorfeld („Bildet Banden!“) zogen zum Glück keine entsprechenden Aktionen nach sich, die

dem Ansehen des Protests nur unnötigen Schaden zugefügt hätten. Sehr zum Ärger der Rechten. AfD-MdB Enrico Komning verbreitete am Samstagabend ein Video von angeblichen Ausschreitungen der Linken, musste sich jedoch bald darauf kleinlaut entschuldigen, denn die gezeigten Szenen waren nicht in Rostock, sondern in Salzburg passiert.

Am Samstag stellten die AfD-Gegner



dann ein vielfältiges Programm auf die Beine. Unser Kreisverband hatte in der Woche vor dem 22.9. mit aufsehenerregenden Plakaten und tausenden Flyern mobilisiert, auch für das von uns organisierte Kinder- und Familienfest auf dem

Uniplatz. Für Idee und Umsetzung ist unserem Geschäftsführer Andreas Reinke zu danken. Trotz Bedenken im Vorfeld (schlechtes Wetter, ÖPNV-Behinderungen, Angst vor Krawallen) fühlten sich viele junge Menschen zu unserem Fest hingezogen. Auch SPD und Grüne waren unserer Einladung gefolgt.

850 Menschen nahmen an einer Andacht in der Marienkirche teil. Während im Hinter-

grund das Geschrei der AfD-Redner auf dem Neuen Markt zu hören war, setzten die Menschen in der Marienkirche mit einer interreligiösen Andacht ein Zeichen für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Religionen. Das war sehr beeindruckend. Pastor Tilman Jeremias freute sich besonders über das Bekenntnis zum Grundgesetz, das vom Vorsteher der Islamischen Gemeinde Rostock, Maher Fakhouri, zu vernehmen war. Währenddessen hetzte draußen Steffen Reinicke aus dem Rostocker AfD-Kreisvorstand: „Es ist nicht das Blut von Jesus, sondern das Blut der Messeropfer, das ihr täglich sauft.“ (Quelle: FAZ)

Fortsetzung auf Seite 3



In Rostock hatte die AfD am 22. September einen schweren Stand
Mehr dazu auf Seite 3



In Lambrechtshagen führte DIE LINKE zum dritten Mal ein Sommerfest durch
Mehr dazu auf Seite 4



Dietmar Bartsch berichtete über ein Jahr Arbeit im Bundestag
Mehr dazu auf Seite 14

In dieser Ausgabe

Seite 2: Jugend im Landtag
Seite 3: Anti-AfD-Protest
Seite 4: Sommerfest
Seite 4/5: Altersarmut
Seite 5: Patrouillenboote
Seite 6-8: Sammlungsbewegung
Seite 8/9: Gedenken

Seite 10: Kurt Kaiser
Seite 11: Europawahl
Seite 12: Astronomische Uhr
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Parteigeschichte
Seite 15: Friedenskonferenz
Seite 16: Aus dem Landtag

Protest der Erzieher*innen

Gemeinsam mit Eltern, Kindern, Gewerkschaften und Vertretern unserer Partei demonstrierten Erzieher*innen am 15.9. in Rostock für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Etwa 250 Personen nahmen daran teil. Zu dieser Demonstration hat der STAMMTI Rostock, ein offener Zusammenschluss von Erzieher*innen und Pädagog*innen aufgerufen. Die GEW M-V unterstützt die Anliegen des STAMMTI.

Im Mittelpunkt des Protestes steht der Personalschlüssel. „Wir fordern einen gesetzlichen Mindestpersonalschlüssel, der sicherstellt, dass die Einrichtungen ausreichend Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stellen können“, sagt Kitareferent Erik von Malottki. Erst dann lieben sich auch die in der so genannten Fachkraft-Kind-Relation geregelten Betreuungskapazitäten umsetzen. Die GEW geht von einem Investitionsbedarf in

Höhe von etwa 257 Millionen Euro vom Land und von den Kommunen aus. Verbesserungen muss es auch bei der Vergütung geben, denn viele Erzieher*innen sind wegen der niedrigen Gehälter von Altersarmut bedroht. Der TVÖD soll in allen Einrichtungen durchgesetzt und die Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West abgebaut werden.



KLARTEXT online

Deutsche Einheit längst nicht erreicht
– Mehr Osten wagen!

Zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2018 erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung haben wir es noch längst nicht mit einer Deutschen Einheit zu tun.

Die anhaltende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Spaltung ist das Resultat einer Politik der Bundesregierungen, die sich über Jahrzehnte nicht um den Osten

Deutschlands geschert hat. Alle Jahre wieder werden zum Jahrestag die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten beklagt und Veränderungen eingefordert. Wenn es konkret darum geht, endlich für die grundgesetzlich geforderte Angleichung der Lebensverhältnisse zu sorgen – Fehlanzeige. Geringere Löhne bei längeren Arbeitszeiten, niedrigere Rentenwerte, geringere Wirtschaftskraft, Abwanderung und Armut sind nach wie vor bittere Realität in den sogenannten neuen Bundesländern. Diese Realität ist nicht vom Himmel gefallen. Ihr liegt konkretes politisches Handeln zugrunde. Ob es um Entscheidungen in Sport und Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft geht – der Osten hat stets das Nachsehen. Damit muss endlich Schluss sein. Bund und Land müssen mehr Osten wagen. Es ist eine Gesamtstrategie erforderlich, die Ostdeutschland nicht weiter benachteiligt und abhängt. Dazu gehören u.a. die Angleichung der Löhne und Renten, spürbare Investitionen in Bildung und Forschung, die Ansiedlung von Behörden und Unternehmen.

Den Anfang einer Abkehr von der Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung muss eine Kommission machen, die das Agieren der Treuhänder nach der Wende aufarbeitet. Darin liegen die Wurzeln der Geringschätzung der Lebensleistung der Menschen im Osten Deutschlands.“

Der Osten arbeitet mehr und verdient weniger.

Im Schnitt 67 Stunden und 4912 Euro Unterschied.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

DIE LINKE.

JUGEND IM LANDTAG

Junge Menschen aus allen Landesteilen erobern auch in diesem Jahr wieder den Landtag, entwickeln Ideen und stellen ihre Sicht auf zentrale politische Fragen vor. Nicht zuletzt formulieren sie konkrete Forderungen an die Politikerinnen und Politiker. So sind die Themen der Workshops auch in diesem Jahr wieder vielfältig und reichen von Europa für Alle, Medienbildung und Digitalisierung bis hin zu Schule: Mehr als Gymnasium?!

Die Begegnung und der Austausch mit den Jugendlichen sind enorm wichtig. So erfahren wir auf direktem Weg, was sie bewegt und können die Wünsche und Bedürfnisse der Jugend in M-V in unsere Arbeit einfließen lassen. Voraussetzung ist, dass die Landespolitik diese aufgreift und ernst nimmt. Das hat die Linksfraktion im Landtag mehrfach eingefordert. Das Besondere in diesem Jahr ist, dass die Veranstaltung volljährig wird. 18 Jahre ‚Jugend im Landtag‘ sind Grund zu feiern, aber auch Anlass, die bisherige Politik zu hinterfragen. So zum Beispiel das Hickhack um das Wahlalter 16 auch bei Landtagswahlen. Das scheiterte bislang am Willen der CDU, die SPD knickt bei dem Thema regelmäßig ein. Jetzt wollen sie den zahnlosen Tiger Volksbefragung darüber befinden lassen, anstatt endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Das Wahlalter 16 hätte längst auf parlamentarischem Weg eingeführt werden können. www.linksfraktionmv.de



Hinhocken gegen Höcke - Proteste gegen die AfD

Fortsetzung von Seite 1

Die Demo der AfD durch die Innenstadt fand ein Ende vor der Deutschen Med, als sich etwa 1.500 Gegendemonstranten zu einer Blockade hinhockten und die AfD zur Umkehr zwangen. Die Polizei agierte an dieser Stelle sehr besonnen, vielleicht lernt man in Sachsen daraus, dass Gegenprotest nicht einfach niedergeknüppelt werden muss. Zurück auf dem Neuen Markt, ging der AfD das Benzin aus, so dass Höcke seine Hetze ohne Mikrofon und mit lauter Jazz-Musik im Hintergrund verbreiten musste. Als schließlich auch noch ein Regenbogen über dem Rathaus erstrahlte, war klar, wer an diesem Tag als Sieger vom Platz ging: die demokratische und weltoffene Mehrheit. Die AfD verlor auch noch einen Ordner, der per Haftbefehl gesucht wurde sowie einen Anhänger, der sich für einen Hitlergruß verantworten musste.

Die Zahl der Gegendemonstranten ist schwer zu schätzen - zu viel war in Bewegung. Es wird eine Zahl von 4.000 genannt, die sich etwa 700 (eher 400!) AfD-Anhängern (darunter Identitäre, völkische Siedler, Hooligans, Neonazis aus der Kameradschaftsszene) gegenüberstellten. Das Bündnis Rostock nazifrei weist darauf hin, dass es in diesem Jahr zum sechsten Mal gelungen war, mehr Antifaschisten zu mobilisieren, als ihnen gegenüberstanden.

Eine unrühmliche Rolle spielte einmal mehr die Rostocker CDU. Sie verkündete, sich nicht am Gegenprotest beteiligen zu wollen, denn mit Linksextremisten wolle man sich nicht gemein machen. Der Widerstand gegen die AfD wird von ganz unterschiedlichen Gruppen getragen. Vieles trennt sie, aber der Widerstand gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck ist für sie der gemeinsame Nenner. Wenn die CDU sich dem verschließt, handelt sie konsequent, wenn auch konsequent falsch.

Vereinzelt gibt es auch in unserer Partei Stimmen, sich nicht am Anti-AfD-Protest zu beteiligen. Wir sollten lieber offensiv unsere eigenen Themen vertreten. Aber ist nicht der Kampf gegen Rechts ein Kern des linken Erbes und unseres Politikverständnisses? Teile der CDU schließen Koalitionen mit der AfD nicht mehr aus. Wieso erinnert mich das an 1933? Damals dachten die Konservativen auch, sie



könnten die Nazis in die Regierung holen und dort gefügig machen. Das Ergebnis kennen wir. Wer die AfD nicht bekämpft, gibt ihr Recht. Das macht sie für den Wähler attraktiv. Die AfD **muss** bekämpft und kleingehalten werden. Es kann nicht sein, dass eine rechtsextreme Minderheit den politischen Diskurs und Kurs in unserem Land bestimmt.

Am 20.10. (Neuer Markt), 16.11. (Platz der Freiheit, Hansaviertel, unter dem Motto „Druschba statt Kriegstreiberei“) und am 12.12. (Ulmenmarkt) will die AfD ihre „Demo-Offensive“ fortsetzen. Dann wird sich ihr wieder ein breites gesellschaftliches Bündnis entgegenstellen. DIE LINKE ist selbstverständlich mit dabei.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: DIE LINKE



P.S.: Ein großes Dankeschön geht an alle Genoss*innen und Sympathisant*innen, die sich unserem Protest anschlossen. Ein Dank geht auch an den Landesverband der LINKEN für seine tatkräftige Unterstützung.

**Pressemitteilung:
CDU muss Farbe bekennen:
Steigbügelhalter für
rassistische AfD?**



Zum Nichtausschließen einer Koalition zwischen CDU und AfD durch den Chef der sächsischen CDU-Fraktionschef Christian Hartmann, erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin:

Die sächsische CDU wagt den Tabubruch und schließt ein Bündnis mit der AfD nicht mehr aus. Ähnliche Absetzbewegungen können wir auch in unserem Bundesland beobachten. So verschloss sich die CDU in Rostock beim vergangenen AfD-Aufmarsch einem Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen. Wir beobachten außerdem mit Sorge eine Imitation von AfD-Forderungen beim Sprecher des Konservativen Kreises, Sascha Ott. Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern muss endlich Farbe bekennen. Wir fordern den CDU-Fraktionschef Kokert auf, ähnliche Bestrebungen wie sein Amtskollege in Sachsen auszuschließen. Eine sich christlich nennende Partei darf nicht der Steigbügelhalter für Rassisten und Rechtsradikale werden.



3. Sommerfest in Lambrechtshagen

Feste der LINKEN sind in unserem Kreisverband zur guten Tradition geworden. Das traditionelle Internationale Friedensfest an der Graal-Müritzer Seebrücke ist bereits legendär. Die Krakower Genossinnen und Genossen haben es auf bereits 6 Sommerfeste gebracht. Das wollten die Lambrechtshäger Mitglieder auch probieren, um mit Einwohnerinnen und Einwohnern ihrer Gemeinde in zwangloser Umgebung zu den verschiedensten Themen ins Gespräch zu kommen.

In diesem Jahr fand nun am 8. September das 3. Sommerfest statt. Von der eigenen Mitgliedschaft nicht so recht gewollt. Unser großer persönlicher Aufwand steht welchem Ergebnis gegenüber? - so lauteten die Fragen und Vorbehalte. Das Ergebnis kann man bei den wenigsten Veranstaltungen vorhersagen. Frau/Mann müssen es einfach probieren und alle Feste zeigen, es werden zum Glück von Fest zu Fest immer mehr Teilnehmer*innen.

So war es auch in Lambrechtshagen. Und es war gut, dass sich Birgit Runge durchsetzen konnte.

Das Wetter, die Teilnehmerzahlen, die politische Prominenz mit MdL Karen Larisch

und MdL Torsten Koplín, Landesvorsitzender unserer Partei, die Kultur, die Tombola, das Glücksrad und die Versorgung, alles klappte wie am Schnürchen. Ich möchte an dieser Stelle den Mitgliedern der Basisorganisation Lambrechtshagen sowie den Kreisvorstandsmitgliedern Dr. Kerstin Neuber, Heike Müller, Karin Schmidt, Nico Arndt, Dr. Christoph Küsters, Lutz Hänsel und Peter Georgi meinen ausdrücklichen Dank für ihre Aktivitäten aussprechen. Besondere Anerkennung für die Vorbereitung, Absicherung und Nachbereitung dieser Veranstaltung verdienen Birgit und Gerd Runge sowie deren Familie, Herrmann Fester, Michael Knischka und Richard Luderfinger.

Diese gelungene Veranstaltung hat sicherlich dazu beigetragen, dass wir im nächsten Jahr, in Vorbereitung auf die Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019, ein viertes Fest erleben werden - ein Frühlingfest.

Peter Hörnig

Kreisvorsitzender KV Landkreis Rostock

Fotos: Gerd Runge



Der LINKE Plan gegen Altersarmut

Eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist gerecht und machbar

Schon heute leben 2,9 Millionen Menschen in Deutschland in Altersarmut. 1,2 Millionen Männer und und 1,7 Millionen Frauen. Das sind 17,6 Prozent aller Menschen ab 65 Jahren. Das darf nicht so bleiben, darum muss Altersarmut bekämpft und vor allem muss sie frühzeitig verhindert werden.

Ein Erhalt des Rentenniveaus, wie von Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagen, würde nichts an der heutigen Misere ändern, denn ein Einfrieren des Rentenniveaus machte sich erst - weil weitere vorgeplante Verschlechterungen ausbleiben würden - ab 2024 bemerkbar. Eine Haltelinie für die Beiträge, wie von Arbeitsminister Hubertus Heil geplant, entlastet vor allem die Unternehmen.

Gerecht geht anders: Zum Beispiel so, wie in Österreich, wo die Beschäftigten seit 30 Jahren 10,25 Prozent ihres Bruttogehalts in die Rentenkasse und die Arbeitgeber 12,55 Prozent, also 2,3 Prozentpunkte mehr (!) einzahlen. Würde eine Beitragsatz von 22,8 Prozent in Deutschland gelten, könnten die Renten um ein Fünftel erhöht werden! So würde aus einer Rente von 1000 Euro eine Rente von 1200 Euro werden.

Der LINKE Plan gegen Altersarmut und für eine Rente, die den Lebensstandard wieder sichert, ist gerecht und machbar.

1. Das Rentenniveau nicht auf 48 Prozent halten, sondern wieder auf 53 Prozent anheben, so, wie es im Jahr 2000 war, bevor Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Walter Riestler es in den Sinkflug schickten. Was brächte es, was kostete es? Ein »Standardrentner« hätte damit fast 130

erste Schritte zu einer guten Rente. Wir schlagen zudem das österreichische Modell einer Erwerbstätigenversicherung vor. Alle Menschen mit Erwerbseinkommen sollen Beiträge in die Rentenversicherung zahlen, auch Beamtinnen und Beamte, Selbständige, Freiberufler und Politikerinnen und Politiker. Zudem wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze in ersten Schritten drastisch anheben und perspektivisch aufheben. Das wäre solidarisch, denn wer viel verdient, kann auch viel Beitrag zahlen.

2. Aufwertung von Erwerbszeiten im Niedriglohn: Wer zum Beispiel nur 1.200 Euro verdient, erhielte so viele Rentenpunkte, als würde er oder sie 1.800 Euro verdienen. Gleichzeitig wird der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro angehoben werden - und jedes Jahr so erhöht, dass er ausreichte, um nach dem Arbeitsleben eine armutsfeste Rente zu erhalten. Das soll als verbindliches Kriterium für die Berechnung der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns aufgenommen werden.

3. Wir führen eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von derzeit 1.050 Euro netto ein: Wir wollen eine Solidarische Mindestrente als Notbremse gegen Altersarmut. Sie wird - ähnlich wie in Österreich - als Zuschlag aus Steuermitteln auf das jeweilige gesamte Alterseinkommen unterhalb



Euro Rente netto mehr. Und eine durchschnittlich verdienende Versicherte und ihr Arbeitgeber*innen müssten dafür nur knapp jeweils 32 Euro mehr im Monat in die Rentenkasse einzahlen. Das wären

der Armutsgrenze gezahlt, so das gelten möge: Niemand soll im Alter von weniger als 1050 Euro leben müssen. Unser Ziel ist, dass Rentensystem so umzubauen, dass möglichst wenig Menschen auf die Solidarische Mindestrente angewiesen sein werden.

Flankiert wird unser Rentenkonzept durch eine echte „Mütterrente“, der jedes Kind

(Ost/West, zweites oder viertes, vor oder nach 1992) gleich viel wert ist.

DIE LINKE will die unsichere Situation der Erwerbsminderungsrentner*innen sofort verbessern - und nicht weiter aussitzen, wie es die Bundesregierung vorsieht. Darum müssen die systemwidrigen Abschläge von durchschnittlich 88 Euro im Monat abgeschafft werden. Für die künftigen Er-

werbsminderungsrentnerinnen und -rentner, aber auch für die heutigen. Das wäre eine deutliche Rentenerhöhung für 1,8 Millionen Menschen, die zu krank sind, um Vollzeit (oder überhaupt) zu arbeiten. Viele weitere Punkte runden diesen Plan ab.

So geht eine gerechte Rente.

Wer glaubt noch an das Märchen von Patrouillenbooten aus Wolgast

Zu den Rechercheergebnissen der Fernsendung „report München“, dem Magazin „stern“ und der Menschenrechtsorganisation ECCHR bzgl. der Frage, ob Kriegsschiffe aus Wolgast am Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen beteiligt sind, erklären die Landesvorsitzenden der LINKEN, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin:

Unser Verdacht, der auch schon vor Monaten durch Recherchen investigativer Journalisten gestützt wurde, wird immer mehr zu Gewissheit. Die angeblich zivilen Patrouillenboote aus der Lürssen Peene-Werft in Wolgast werden zur Seeblockade gegen den Jemen eingesetzt. Das bestätigt ein Bericht von „Report München“ (ARD/BR). Saudi-Arabien führt Krieg gegen seinen Nachbarn.

Auch wenn die Absichten der Saudis lange bekannt sind, so wurde doch von den Regierungen aus SPD und Union in Berlin und Schwerin stets beteuert, der Deal mit

den Wolgaster Booten eigne sich nicht für militärische Einsätze.

Dabei bringen die so genannten Patrouil-



lenboote alle Voraussetzungen mit, nach ihrer Auslieferung mit schweren Geschützen ausgestattet zu werden. Offensichtlich sind sie aktuell auch an der Seeblockade des Jemen beteiligt.

Die Bundes- und Landesregierung muss sich fragen lassen, ob sie damit Beihilfe zur Verletzung des Völkerrechts leistet.

Lapidare Antworten, wie von Ministerpräsidentin Schwesig an die Reporter, wie „Die Landesregierung verfügt über keine eigenen Möglichkeiten, mit denen sie den von Ihnen geäußerten Verdacht überprüfen könnte.“ oder der Bundesregierung, wie „Sie können davon ausgehen, dass die Vorgaben des Koalitionsvertrages eingehalten werden.“ genügen überhaupt nicht. Sie bestärken den Eindruck, dass hier der Schein von zivilen Lieferungen in eine Krisenregion gewahrt werden soll. Doch wer kann das Märchen von Patrouillenboote aus Wolgast noch glauben?

Die Regierungen sind in der Pflicht, hier für Aufklärung zu sorgen und sofort alle Waffenlieferungen in Krisengebiete zu unterbinden!

www.die-linke-mv.de

Pressemitteilung: Deutschland zukunftssicher machen: 5G-Ausbau voranbringen

Berlin, 21.09.2018 – Anlässlich der Diskussionen um den 5G-Mobilfunkausbau in Deutschland und die für das nächste Jahr geplanten Versteigerungen der 5G-Frequenzen fordert Heidrun Bluhm, Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE für die ländlichen Räume, mehr Entschlossenheit und höhere Investitionen in den Ausbau einer dauerhaft zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur. In diesem Zusammenhang kritisiert Heidrun Bluhm Kanzleramtsminister Helge Braun, der einen flächendeckenden Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G für nicht machbar und „unfassbar teuer“ hält.

„Für DIE LINKE sind schnelle Internetverbindungen wichtig und weitgehend Voraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, besonders in den ländlichen Gemeinden. Sie sind nicht nur mehr und mehr die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, sondern auch die Basis für wirtschaftliche Ent-

wicklung. Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung wieder einmal den Startschuss für eine Schlüsseltechnologie in Deutschland verschläft und wir dabei zuschauen, wie andere Länder hier vorangehen. Deutschland rühmt sich einerseits seiner wirtschaftlichen Stärke, Innovationskraft und seines Status als Exportweltmeister, gerät aber andererseits was die Digitalisierung angeht im internationalen Vergleich immer mehr ins Abseits.“, so Heidrun Bluhm.

„Klar ist auch, dass wir jetzt nicht einseitig auf den neuen Mobilfunkstandard setzen sollten. Erst einmal brauchen wir eine flächendeckende Abdeckung mit den bereits etablierten Technologien. 4G und leistungsfähige Glasfaserkabel müssen endlich in allen Regionen und im ländlichen Raum vorhanden sein. Den neuen 5G-Standard allerdings direkt abzuschreiben, so wie es Kanzleramtsminister Helge Braun getan hat, ist ein wei-

terer Fehler und der Beginn eines neuen Versäumnisses in der langen Geschichte der Digitalisierung unseres Landes. Viele Experten verweisen zu Recht darauf, dass 5G die Grundvoraussetzung für eine ganze Reihe künftiger Schlüsseltechnologien – wie etwa autonomes Fahren, virtuelle Realität, Telemedizin und Industrie 4.0 ist. Wenn Deutschland hier nicht frühzeitig mit einsteigt und investiert, werden wir entscheidende Entwicklungspotenziale des ländlichen Raumes vergeben“, so Heidrun Bluhm weiter.



Zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“

Betrachtung des Landesvorstandes zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“

Deutschland den Deutschen?

Wir erleben derzeit einen politischen und gesellschaftlichen Umschwung ins Rechtskonservative, hin zu einem chauvinistischen, ausgrenzenden Nationalismus. Die Gründe sind dafür vielfältig. Sie sind unter anderem auf eine Jahrzehnte andauernde soziale Spaltung und Politik der jeweils Herrschenden gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung zurückzuführen.

Die Verfestigung einer rechtspopulistischen, mitunter rechtsextremen Partei wie der AfD in der bundesdeutschen Politiklandschaft ist der Ausdruck einer gesellschaftlichen Konsensverschiebung. Verbale Überschreitungen wie „Anti-Abschiebeindustrie“, „links-grünversifft Gutmenschen“ oder „Asyltourismus“ legitimieren tagtäglich rechtsextreme Kräfte. Menschenfeindliche Einstellungen werden von einigen Konservativen verständnisvoll als Ohnmachtserfahrung und Abwehrhaltung stilisiert. Solche Haltungen verleihen der rechten Front aus PEGIDA, AfD, Neonazis und „besorgten Bürgern“ das Selbstbewusstsein sich in der Mitte unserer Gesellschaft zu befinden. Ihnen mit gleichem Verständnis von links zu begegnen, verstärkt ihre Haltung, mehr noch; sie bestärkt weitere Angriffe auf die Grundfesten unseres Zusammenlebens.

Seit Jahren warnen Erhebungen wie die Bielefelder Studien zur gruppenbezogenen Menschlichkeit, dass bei rund 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ein derartiges Potential schlummert. Die Wahlerfolge der AfD und die Ausschreitungen gegen Geflüchtete, vornehmlich im Osten Deutschlands, sind somit kein Ausdruck einer unerwarteten Wendung; sie rufen lediglich das bereits bestehende Potential ab, das auch durch eine ständige mediale Verengung auf das Thema „Flüchtlinge“ laut, bedrohlich und im gesellschaftlichen Zentrum erscheint.

Wenn „Aufstehen“ dazu beiträgt, dass endlich wieder mehr über soziale Gerechtigkeit gesprochen wird, wäre dies ein Erfolg. Denn die Auseinandersetzung um Geflüchtete überschattet viele Themen, die auch uns als LINKE wichtig sind und mit denen wir identifiziert werden.

Was will „Aufstehen“?

Die Bewegung hat kein vorgefertigtes Programm. Der Gründungsauftrag ist als grundsätzliche Gesinnung zu verstehen. Er benennt gesellschaftliche Widersprüche der Gegenwart und die brennenden sozialen Problemlagen exzellent. Er spricht über fehlende Fairness in der Welt, über Krie-

ge und soziale Ungerechtigkeiten, marode Schulen und Leiharbeit, den fehlenden Willen der Regierung, tatsächlich etwas gegen die Armut zu tun. Globalisierung, gesellschaftliche Spaltung, Ohnmacht – linke



Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ist im letzten Jahr erneut gestiegen. 40.000 Menschen mehr als davor haben statt eines regulären Jobs nur einen als Beschäftigte zweiter Klasse bekommen. Wer in Leiharbeit tätig ist, bekommt durchschnittlich 1.300 Euro weniger als Kolleginnen und Kollegen mit Festanstellung. Mehr als jeder zweite in Leiharbeit arbeitete trotz Vollzeit zu einem Niedriglohn. Darum: Leiharbeit verbieten! Oder sie zumindest so gestalten, dass sie nur für z.B. kurzfristige Produktionsspitzen sinnvoll ist, indem sie für Unternehmen teurer statt billiger als reguläre Arbeit ist. Das funktioniert auch in anderen Ländern.



Die Bundesregierung investiert Milliarden in die Aufrüstung, genehmigt massenhaft Waffenexporte, die Bundeswehr befindet sich in mehreren Auslandseinsätzen und es wird darüber diskutiert, die Wehrpflicht wieder einzuführen. DIE LINKE bleibt dabei: Waffen schaffen keinen Frieden, wir lehnen Militarisation und Auslandseinsätze ab. Wir setzen uns für den Frieden ein und wollen in ein gutes Leben investieren statt in das Geschäft mit dem Tod.

Ziele einer linken Bewegung?

„Aufstehen“ versteht sich als soziale und demokratische Erneuerungsbewegung, als Bewegung für ein gerechtes und friedliches Land. Das Ziel der Bewegung ist es, dem linken Zeitgeist in den Parteien und in der Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Sammlungsbewegung soll angeblich keine neue Partei werden, aber man will die Parteien (DIE LINKE, SPD, Grüne) umkrepeln und als Regierungsbündnis befähigen. Es ist auch die Rede davon, bei Wahlen die Listen der Parteien für Mitglieder von „Aufstehen“ zu öffnen. Oskar Lafontaine vergleicht „Aufstehen“ mit „der Friedens-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung“. Daraus seien auch keine Parteien entstanden und trotzdem hätten sie die Gesellschaft verändert. „Aufstehen“ spricht eher jene Wähler*innen an, die mit den politischen Kategorien „links“ und „rechts“ nichts anfangen können, sondern vor allem durch die Wut gegen Missstände mobilisiert werden.

Es gibt zwei betonenswerte Verschiedenheiten zu linker Politik: Erstens werden Probleme, die aus ökonomischer und vor allem sozialer Ungleichheit erwachsen ursächlich mit den Ängsten aus „Freizügigkeit und Zuwanderung“ in Verbindung gebracht. Zweitens gibt es keine eindeutige und unmissverständliche Abgrenzung zu rassistischen und fremdenfeindlichen Gesinnungen.

Überforderte Linke?

Eine Strategie des Mitte-Links-Lagers jenseits der Reaktion auf rechte Grenzüberschreitungen, Klarstellung von Fehlinformation und Appelle zur Toleranz und Menschlichkeit bleibt aus. Die politische Linke in der Bundesrepublik befindet sich in der Defensive. Trotz der Zuwächse von Bündnis 90/Die Grünen verbleibt die Sozialdemokratie unterhalb der 20-Prozent-Marke. DIE LINKE stagniert bei zehn Prozent. Eine vormalige parlamentarische Mehrheit, die bis zur Bundestagswahl 2017 bestand, existiert nicht mehr.

Die Glaubwürdigkeit der SPD hat gelitten und sie leidet weiter, sogar dreizehn Jahre nach den Hartz-Gesetzen. Die GRÜNEN bemühen sich um ein soziales Antlitz, doch ihr ökologisches Profil überlagert soziale Komponenten und der Ruf, urbane, intellektuelle Vegetarier*innen wären die Stammklientel der GRÜNEN, macht es für sie nicht leichter, als soziale Alternative wahrgenommen zu werden.

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, doch aus verschiedenen Gründen schaffen wir es noch nicht, Menschen in relevanter Größenordnung für uns und unsere Angebote zu begeistern. Wir sind bereits eine Sammlungsbewegung, aber

eben noch keine gesellschaftliche Bewegung, die linke Massen einzusammeln weiß.

Auf dem Leipziger Parteitag haben wir u.a. folgende Zeilen beschlossen: „Wir müssen um andere gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Die Mehrheit der Bevölkerung will soziale, ökologische und friedliche Politik. Wir müssen sie organisieren und ihnen Geltung verschaffen. Wir müssen den gesellschaftlichen Boden für andere Mehrheiten bestellen, auch in den Parlamenten“ Und weiter: „Der Richtungswechsel kann nicht von einer Partei oder Parteien alleine geschaffen werden. Dafür brauchen wir einen gesellschaftlichen Aufbruch. Den werden wir auf den Weg bringen, bestärken, organisieren. Wir können es nicht stellvertretend tun, nur gemeinsam. Wir können nicht warten, dass andere die Gesellschaft ändern, wir müssen es selber tun. Und wir sind bereit dazu. DIE LINKE ist in Bewegung.“

Einwanderung light?

Der Schutz verfolgter Menschen müsse gewährleistet werden, so heißt es im Gründungsauftrag von „Aufstehen“. Zeitgleich erklärt man, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, um in den Heimatländern Perspektiven zu schaffen. Es heißt, die Flüchtlingsentwicklung habe in Deutschland zu Verunsicherung geführt und zuvor bestehende Probleme (z.B.

Wohnraumangel) hätten sich weiter verschärft. In einem Interview stellt Sahra Wagenknecht klar, sie wolle Anhänger*innen von Pegida und Wähler*innen der AfD zurückgewinnen.

Eine Reihe von Äußerungen deutet auf den hohen Stellenwert dieses Themas für die Initiatoren von „Aufstehen“ hin. Realistisch wolle man sein, weniger moralisieren. Die „grenzenlose Willkommenskultur“ sei keine Option. Wenn die Akteure um die neugegründete Sammlungsbewegung den bestehenden linken Konsens einer offenen Gesellschaft verschieben wollen und die Diskussion um offene Grenzen als „Esoterik“ begreifen, die nichts mit Politik zu tun habe, ist das nicht nur die Abkehr von einem linken Kosmopolitismus. Es ist das Ende einer Linken, die soziale Politik nicht an staatliche Grenzen knüpft. Die Abwertung des Begriffs der Willkommenskultur als politischen Gegensatz zum „Grenzen dicht“ der AfD, wie durch Sahra Wagenknecht geschehen, wird nicht zum erhofften Erfolg führen. Die Vertreter*innen von „Aufstehen“ werden damit keinen nennenswerten Anteil an Wähler*innen der AfD ins politische linke Spektrum zurückgewinnen.

Sammelspaltung?

Kritik gibt es auch an der Organisation der Sammlungsbewegung. Sie entsteht nicht von unten, also aus der Gesellschaft heraus (Graswurzelbewegung), sondern wird

durch eine Spitzenpolitikerin initiiert. Noch ist völlig unklar, wie die Sammlungsbewegung vor Ort Wirkung entfalten kann. Wird es eine Vernetzung mit anderen Bewegungen geben? Würden sich andere Initiativen nicht erdrückt fühlen? Wie steht es um die innere Demokratie in der Bewegung? Wie organisiert man eine sehr heterogene Masse? Denn eines ist klar: Jeder kann beitreten und die online-Kommentare der neuen Mitglieder belegen ein breites Spektrum, das nicht nur linke Positionen vereint.

Im Aufnahmeformular wird die Parteimitgliedschaft abgefragt. Dort findet sich auch die AfD; LINKE und AfD-Mitglieder, die gemeinsam auftreten?



*Die SPD-Vorsitzende sagt, sie wolle die Sanktionen für jüngere Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger abschaffen. „Das mag ein großer Sprung für Andrea Nahles und die SPD sein“, findet unsere Parteivorsitzende Katja Kipping. „Für die Millionen Hartz IV-Betroffenen hingegen wäre es nur ein sehr kleiner Schritt, auch wenn er in die richtige Richtung geht. Denn auch für die über 25-Jährigen gilt: Existenzminimum und Grundrechte kürzt man nicht.“
Endlich überfällige grundlegende Korrekturen bei dem größten politischen Fehler der SPD vorzunehmen, ist ein wichtiges Zeichen, wie es wirklich um die Erneuerung der SPD steht.*

Die Sorge ist groß, dass die Sammlungsbewegung eher zur weiteren Spaltung, als zur Sammlung linker Kräfte führen wird. Die Gründung einer neuen Partei ist nicht ausgeschlossen.

Die Frage, wie es gelingt, stärker noch ehemalige SPD-WählerInnen und auch Nicht-WählerInnen zu mobilisieren, ist berechtigt. Unsere Antwort darauf ist eine Politik, die gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in den Vordergrund stellt und die Solidarität der Vielen verbindet. Dass sich einzelne Gründungsmitglieder und prominente Fürsprecher der Initiative „Aufstehen“ in öffentlichen Stellungnahmen wiederholt und in gleicher Weise von Ressentiments der AfD auf der einen und einer „grenzenlosen Willkommenskultur“ auf der anderen Seite distanzieren, halten

wir für ein fatales Signal.

Was tun?

Eine linke Bewegung ist von Nöten, die Bündelung linker Interessen ist wichtig. Einige Landesvorstandsmitglieder sind optimistisch, dass „Aufstehen“ helfen kann, außerparlamentarischen Druck aufzubauen. Dieser Druck kann helfen, die soziale Spaltung in der Gesellschaft zu thematisieren und endlich Änderungen einzuleiten. SPD, Grüne und LINKE-Mitglieder könnten im Rahmen der Sammlungsbewegung gemeinsame Interessen artikulieren. Ein weiterer Vorteil könnte die Aktivierung bisher politisch nicht aktiver oder politisch verdrossener Menschen sein, die die soziale Gerechtigkeit wieder in den Fokus aktueller politischer Auseinandersetzung rücken wollen.

Der Landesvorstand empfiehlt, sich der Sammlungsbewegung gegenüber offen zu zeigen. Wichtig ist, dass auch wir als LINKE uns in die anstehende Programmdebatte im Sinne des Erfurter Programms einbringen. Die Diskussion programmatischer Schwerpunkte wird mit großer Wahrscheinlichkeit ausschließlich online stattfinden. Wie wir wissen, organisieren sich rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte besonders stark in diesem Bereich. Es wird daher auch an uns liegen, die inhaltliche Debatte mitzugestalten.

Reaktionen auf die Betrachtungen des Landesvorstandes

Die im Newsletter vom 14. September veröffentlichten Betrachtungen des Landesvorstandes zur Sammlungsbewegung haben unterschiedliche Reaktionen hervorgehoben. Während Genosse Jürgen Kalkbrenner von der Landesarbeitsgemeinschaft Innerparteiliche Kommunikation sich hierzu sehr positiv äußerte, in ihnen eine gute Gesprächsgrundlage sieht und auf ihrer Basis Diskussionsrunden anregt, reagierten Sevim Dagdelen (MdB), Fabio De Masi (MdB), Harri Grünberg (Mitglied des Parteivorstandes) mit einer kritischen Sicht.

Sie schrieben unter anderem: „Mit Interesse haben wir Eure Stellungnahme zu ‚Aufstehen‘ zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen es, dass Ihr den Prozess mit Offenheit begleiten wollt [...]. Wir sind aber über zwei Aussagen irritiert. Ihr schreibt: Es gäbe ‚keine eindeutige und unmissverständliche Abgrenzung zu rassistischen und fremdenfeindlichen Gesinnungen.‘ Dies ist offensichtlich unwahr und solche Anwürfe sollten sich in unserer gemeinsamen Partei nicht als Umgangsform etablieren. Wir stellen dazu fest: Erstens, im Gründungsmanifest von Aufstehen heißt es: ‚Wir lehnen jede Art von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass ab. [...]‘

Fortsetzung auf Seite 8

Zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“

Fortsetzung von Seite 7

Zweitens, sind wir auch persönlich über einen solchen Vorwurf irritiert. Mit diesem Vorwurf belegt Ihr auch uns, Mitgliedern der LINKEN mit Migrationshintergrund und Familiengeschichten, die durch den Holocaust bzw. den Widerstand gegen den Faschismus geprägt waren. Wir bezweifeln, dass dies ernsthaft gewollt sein kann.

Drittens, warum sollten sich Persönlichkeiten wie Rudolf Dreßler (SPD-Urgestein und ehemaliger Botschafter in Israel), die Gewerkschafterin und rebellische Reinigungskraft Susi Neumann, der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hentsche, die Geschäftsführerin des Migration Hub, Ana M. Alvarez, oder der Geschäftsführer der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, Ufuk Cakir, bei einer Bewegung engagieren, die sich unzureichend nach rechts abgrenzt. Wir stellen ebenso fest: Unser Gründungsmanifest unterscheidet sich hinsichtlich Migration und Asyl nicht von den Positionen von Bernie Sanders, Jeremy Corbyn oder europäischer Linksparteien. Wir wollen das Recht auf Asyl garantieren und Menschen, die vor Kriegen und Not fliehen, helfen. Wir wollen Fluchtursachen wie Kriege, Waffenexporte und unfaire Handelspolitik bekämpfen und für die Mehrheit der Flüchtlinge, die es nicht nach Europa schafft, Hilfe vor Ort leisten. [...]

Ihr erhebt weiterhin den Vorwurf, dass wir bei Aufstehen auch die Mitgliedschaft in der AfD abfragen. Selbstverständlich tun wir das, weil wir wissen wollen, mit wem wir es zu tun haben.

GEDENKEN AM ODF-DENKMAL

Am zweiten Sonntag im September wird an die Opfer des Faschismus erinnert. Aus diesem Anlass versammelten sich auch in diesem Jahr zahlreiche Antifaschist*innen

LESERBRIEF: Aufstehen oder sitzenbleiben?

Oder schmolldend abseits stehen und zusehen, wie sich eine große Bewegung bildet?

Offen gesagt, die Sofortinformation über die Sitzung des Kreisvorstandes vom 23.08.18 macht mich etwas ratlos. Der KV will abwarten – monatelang! „Kritisch begleiten“! Warum nicht teilnehmen, sich an die Spitze setzen? Hier ist eine Bewegung im Entstehen, die nicht von irgendwem, von dem man nichts weiß, initiiert wurde, sondern von der Fraktionsvorsitzenden unserer Partei und einem der Gründerväter der LINKEN!

Es ist von der Mehrheit im KV die Rede: Wie groß ist denn diese Mehrheit, wie groß die Minderheit, die das vielleicht anders sieht und wer versteckt sich hinter den Begriffen? Auf beckmesserische Art und Weise wird hier herumgepflückt und hier und da etwas herausgepickt, was man so oder auch anders interpretieren kann. Offensichtlich hat sich, besonders im Apparat der Partei, auch eine Methode des bewussten Missverstehens breit gemacht. Das wurde in Leipzig deutlich, als Sahara Wagenknecht bestimmte Punkte langsam und deutlich – zum Mitschreiben – erläuterte. Sie hätte es auch lassen können, die Kontrahenten gingen gar nicht darauf ein, neigten eher zu hysterischen Ausfällen. Solche Haltung scheint auch in der Stellungnahme des KV durchzuscheitern. „Hunderttausende“ von Flüchtlingshelfern würden verprellt, Querfrontvorwürfe usw. Der Journalist Tobias Riegel, sicher einigen Lesern des „neuen deutschland“ bekannt, analysierte solche und ähnliche Vorwürfe, die ja entweder aus bürgerlichen Ecken

kommen oder aber auch leider aus dem Apparat der LINKEN, in einem Beitrag vom 26.08.18 auf den „NachDenkSeiten“ des Sozialdemokraten Albrecht Müller (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=45671>). Man erkennt das Schema! Tobias Riegel geht auch auf die Akzeptanz der Bewegung in der Bevölkerung auf Grundlage einer Umfrage von emnid ein. „Wir fragen Euch nicht nach Verband und Partei, / seid Ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei/ gegen Unrecht und Reaktion!“ „... reih Dich ein in die Arbeitereinheitsfront, weil Du auch ein Arbeiter bist!...“ sang einst Ernst Busch – alles schon vergessen, nicht mehr wahr?

Nummehr haben sich schon 85.000 Menschen zu dieser Bewegung bekannt! Diese Chance, etwas in unserem Sinne, im Sinne der Partei, voranzubringen, sollten wir nicht vertun!

Die Bewegung kann scheitern, sich im Sande verlaufen oder von anderen Kräften übernommen werden – aber sie kann, wenn sich die Partei mit der Kraft ihrer Organisation einbringt, auch erfolgreich sein. Dann braucht man auch keine Angst davor zu haben, dass „#aufstehen“ „doch eine Partei“ würde. Wie sollte sie auch? Besser als gar nichts zu tun, sich passiv zu verhalten, ist sie allemal! Übrigens, liebe Genossinnen und Genossen im Kreisvorstand – wenn Ihr Vorbehalte, Fragen und Probleme gegenüber und zu der Bewegung habt – habt Ihr Euch damit schon einmal an Sahara oder Oskar gewandt?

Kanäle dafür gibt es genug. Wenn sich die Mehrheit eines KV damit meldet, gibt es auch bestimmt baldigen Rückfluss. Dann seid Ihr auch nicht auf „besorgte Stimmen“ aus der Basis angewiesen.

Gerd Puchta

am Mahnmahl im Rostocker Rosengarten. Die Ansprache hielt Simon von der Initiative „Rostock hilft“. Für den Kreisverband der Rostocker LINKEN legte der Kreisvorsitzende Carsten Penzlin ein Gebinde nieder.

Fotos: Marlis Schröder



Tage des Gedenkens

Rede von Prof. Hans-Dieter Sill anlässlich des ehrenden Gedenkens am 9. September 2018 in Güstrow

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren, wir treffen uns heute aus zwei Anlässen, dem Weltfriedenstag und dem Tag der Erinnerung und Mahnung.

Der 1. September ist seit 1966 in der Bundesrepublik unter der Bezeichnung „Antikriegstag“ ein offizieller Gedenktag. Es wäre wichtiger denn je, diesen Tag in der Öffentlichkeit zur Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes zu nutzen, aber was zeigt ein Blick in die SVZ vom 1. September? Nichts, kein Sterbenswort zum Weltfriedenstag!

Was wird von unserer Regierung für den Frieden in der Welt getan? Die Bundesrepublik hat die Rüstungsausgaben um 33 Mrd. € erhöht. Im letzten Jahr wurden für 7 Mrd. € Waffen exportiert. Die Bundeswehr beteiligt sich an 15 Auslandseinsätzen. Deutsche Truppen stehen mit schwerem Waffen erstmalig wieder und dauerhaft auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Das sind alles keine guten Nachrichten am Weltfriedenstag. DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die für eine konsequente Friedenspolitik einsteht. Wir kämpfen für Abrüstung und wollen den Export von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Der Tag der Opfer des Faschismus, der in der DDR am zweiten Sonntag im September begangen wurde, ist heute kein offizieller Gedenktag mehr. Durch den neu gegründeten Bund der Antifaschisten wurde zusammen mit der VVN am 9. September 1990 erstmalig wieder bundesweit der nun so bezeichnete Tag der Erinnerung und Mahnung als Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg durchgeführt.

Mit dem Gedenken an die Opfer des Faschismus ist die Frage verknüpft, welche Rolle der Faschismus in der heutigen Zeit spielt. Ein Blick über die Grenzen zeigt beängstigende Tendenzen. In Italien ist die rechte Partei Lega Nord mit Sympathien für Mussolini an der Regierung beteiligt. In Österreich regiert der rechtsorientierte Herr Kurz zusammen mit der noch rechteren FPÖ des Jörg Haider, die alle linken Traditionen in Österreich kurz und klein schlagen möchten. In Ungarn wird heute der Faschist Horthy verehrt und die Politik der ungarischen Regierung bleibt seinem Andenken treu. In Riga marschieren jedes

Jahr im März Anhänger der lettischen Waffen-SS durch die Stadt, deren Veteranen sogar Kriegsversehrtenrente aus Deutschland erhalten.

Die nationalistischen und faschistischen Entwicklungen in ehemaligen Ostblockstaaten beweisen das Versagen der sozialistischen Erziehung für große Teile der Bevölkerung. Das reine Aufstellen von Friedensdoktrinen und ihre stereotype Proklamation haben sich als unzureichend erwiesen, um solidarisches Denken und Handeln zu entwickeln.

Auch in Deutschland wird die Lage immer dramatischer. Jüngste Befragungen zum Wahlverhalten bei den nächsten Landtagswahlen haben ergeben, dass die AfD in Sachsen mit 25 Prozent die zweitstärkste



Kraft wäre. Die AfD käme in Thüringen auf 23 Prozent und würde damit mehr als 12 Punkte zulegen. In beiden Ländern wären die bisherigen Regierungskoalitionen nicht fortsetzbar. Auch in Sachsen-Anhalt ist die AfD die zweitstärkste Kraft. Nun ist die AfD im Unterschied zur NPD keine offen faschistische Partei. Aber ihre Forderungen und die dahinter stehende Ideologie gehen in die gleiche Richtung. Sie betreibt eine Politik für die Reichen, will die Steuern für Unternehmen senken, die Privatisierung öffentlichen Eigentums vorantreiben und staatliche Leistungen abbauen. Sie ist für Eliteschulen statt Bildung für alle und vertritt ein reaktionäres Frauen- und Familienbild. Mit ihrem Hass gegen Ausländer und Migranten steht sie klar für ein nationalistisches Gesellschaftsmodell. Frau von Storch hat im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Chemnitz erklärt, dass wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werden würde, wenn die AfD an der Macht ist.

Die Ziele der AfD sind ein Nährboden für den Neofaschismus, auch wenn dies vielen Mitgliedern, Wählern und Anhängern nicht bewusst ist. Die Bezeichnung AfD steht für mich für „Anfänge faschistischer Deutschtümelei“.

Was sind die Quellen dieser bedrohlichen Entwicklung? Seit Urzeiten empfinden Menschen in ihrem Innern alles Fremdartige zunächst als Bedrohung. Nun ist aber der Mensch im Unterschied zum Tier ein Wesen mit Kultur. Der Grad der Kultur eines Menschen zeigt sich gerade im Grad der Beherrschung seiner angeborenen Urtriebe. Wie die Geschichte und die aktuellen Entwicklungen zeigen, ist es aber of-

fensichtlich recht leicht, bei großen Teilen der Bevölkerung an die tief liegende Ablehnung des Fremdartigen anzuknüpfen und Massen zu Hass und Gewalt gegen Ausländer und anders Denkende anzustacheln.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass der Neofaschismus in Deutschland und Europa aus mehreren Gründen weiter erstarben wird.

Das Flüchtlingsproblem ist unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen prinzipiell nicht lösbar. In gesetzmäßiger Weise werden als seine Hauptursache die Unterschiede im Lebensniveau und der Wirtschaftskraft zwischen den unterentwickelten und hochentwickelten Ländern nicht kleiner, sondern immer größer.

Die nächste Weltwirtschaftskrise kommt mit Sicherheit und wird nach den gegenwärtigen Prognosen einen dramatischen Charakter haben. Dann werden sich die sozialen und politischen Probleme bedeutend verschärfen.

Wie können wir uns darauf vorbereiten? Was kann man dagegen tun? Die Linke muss sich noch engagierter als bisher an die Spitze aller Bewegungen gegen den erstarkenden Neofaschismus stellen. Sie muss neue Möglichkeiten finden, um Massen über die wahren Ziele der AfD zu informieren, auch in öffentlichen Streitgesprächen mit Vertretern dieser Partei. Sie muss viel mehr und offensiver über die Situation und ihre Ursachen in den Entwicklungsländern informieren und die Lösung des Flüchtlingsproblems mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden. Sie muss ihre innerparteilichen Kämpfe um den rechten linken Weg zurückstellen. Und sie muss über alle Differenzen hinweg mit demokratischen Kräften in allen übrigen Parteien und Bewegungen gegen die drohende faschistische Gefahr ankämpfen.

Ein Lichtblick aus der Seele des Menschen bleibt. Das solidarische Verhalten mit den Mitgliedern seiner Gemeinschaft ist ebenfalls ein Urtrieb des Menschen. Wenn es gelingt, das Gefühl der Gemeinschaft über den engen egoistischen und nationalen Rahmen hinaus auszudehnen, könnte es sich zum Besseren wenden. Das Konzert in Chemnitz mit 65.000 Teilnehmern ist ein dafür ermutigendes Zeichen. Dazu beitragen können vielfältige Informationen und Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturkreisen und Nationen und noch besser Freundschaft, Liebe und Ehe oder ein soziales Jahr in Afrika.

Lasst uns der Opfer des Faschismus gedenken, indem wir Ihnen versprechen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit es diesmal gelingt die faschistische Gefahr zu bannen.

Rostocker Stadtbummel

Unser Autor Kurt Kaiser, vom Plattdötsch Verein „Klönnsnack-Rostocker 7“, schuf zu Ehren des 800. Gründungsjubiläums der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, auf 1040 Seiten ein Sieben-Bücher-Set, aus dem wir hier die in KLARTEXT Nr. 242, 9/2018, begonnene plattdeutsche Erzählung über einen Spaziergang - „Bummel“ - durch die Altstadt fortsetzen.

Rostocks hett in sien 800-jöhrig Geschicht väl positiv, oewer ok mank negative Sieden. Doroewer sünd sik Historiker un Politiker noch nich einig.

Dor wier tau ´n Bispill dat ehemalige Flugzeugwark Ernst Heinkel dat in Rostock ein Stück Stadtgeschicht mitschräwen hett. För de moderne Luftfohrt in de iersten Dezenenien det 20. Johrhunnert, har Heinkel hierbahnbräkende Leistungen uptauwiesen:

Mit „He 70“ kün´ 1932 dat weltwiet schnellste Verkihrsflugtüg starten. An ´n 20. Juni 1939 gelüng mit Flugkaptein Warnitz de ierste friege Raketenflug. Anstell von ein Kolbentriebwark wier ein Raket installiert worden. An ´n 27. August 1939 deed in Rostock mit ein Strahltriebwark dat ierste Düsenflugtüg von de Welt starten, de „He 178“. Ok de Schleudersitz, de denn mank einen Piloten dat Läben rett hett, wier ein Erfindung von Heinkel-Konstruköre.

As ehemalig Flugzeugbur fäl ick mi in dissen Ogenblick mienet Nahdenkens oewer disse Tied, fast sülwst as up ´n Ort „Schleudersitz“:

As Facharbeiter för Metallflugtüchbu bün ick hier utbildt worn, ein grotortig Beruf. Dor wier för mi Ernst Heinkel ok nich man blots ´n Arbeitgäwer, sonnern ok ein Idol as Luftfohrt pionier. Dorup wier ick stolz. Oewer Historiker hemm Heinkel, de denn Hitlerfaschismus mit Militärflugtüge bedeinte un dortau ok oewer 6000 Zwangsarbeiter un KZ-Häftlinge missbraken löt, henriekend charakterisiert. So löt mi de Erinnerung an Heinkels Leistungen för dat Flugwäsen, nich vergäten, dat dörch Heinkel-Bomber väle Minschen ehr Läben verloren hemm, Kulturgaut zerstört un ick doran ok mitschuldig wör.

Dat nah 1945 in de DDR forcierte Upbu-programm gült notwendicher Wies´ denn Wahnungsbu, denn för historische Ubjekte fähnten noch Tied, Finanzen, Bumaterial un anner Ressourcen. De Wahnungsbu mit Betonplatten har ierstmal Priorität, wat tau Lasten von de nödige Restaurierungen an de maroden historisch-hanseatischen Häuser güng.

In ´n vereinten Döötschland wör dat anners. Nu erkenn ick miene olle Heimatstadt werrer, mit ehren ollen Stadthaben, wo ick as Kind nah Lust rümströpern künn. Väles hett sik siedem hier verännert: Wo

tau DDR-Tieden de **Ostseewoch** stattfün, is hüt jedet Johr de **Hanse Sail**, as maritimet Johresereignis.

De Restaurierungsarbeiten an de Stadtmuer sünd nu ok vörankamen un ein poor Patrizierhäuser strahlen nu werrer in ´n ollen Glanz.

Üm angesichts von de noch sichtboren Folgen, nich noch in ´t Grübeln tau kamen oewer Urssaaken un Wirkung von Naziherrschaft un Krieg, bummelt ick an dat restaurierte Steindur vörbi, dörch de Steinstrat nah denn Niegen Markt, an denn sik besonnens väle gaude Kindheitserinnerungen knöpen. Dor heff ick oft dat Marktdrieven in de Dörtiger Johr beläwt, as hier noch Swien, Gäus un Hähner anpriest un verköfft wörn. Mien Oma plägte ümmer sihr genau hier ehr knappes Wirtschaftsgeld intausetten. Bevör se ´n viertel Pund Kees köffte, praupte se etlich Happen von de anpriest Sorten. Dor verstünn sik dat för mi all ümmer von sülwst, dat ick ´n Stück Kees afkreech. Ok de fründliche Slachter künn mien hungrigen Ogen nich werrerstahn un langte mit denn ok noch ´n Wursthappen oewer sien Thek ´.

Wägen disse „Extra-Mahl-tieden, begleit´ ick Grotmudding ok ümmer besonnens giern tau ´n Slachter. Oma köffte meist „Wurst tau ´n Warmmaken“, de se uns denn Middachs mit Muhsüffel un säutsuhr Pan-nensoß präsentierte.

Mien Mudding wier froh, dat se nich kaaken brukte, weil se ok de ganze Woch oewer arbeiten möst. Ehre Arbeitsstädt wier günstig näbenan von uns Strandstratenwahnung, Kautabak-Fabrik „Pfenninsdorf & Gensen“ in de Lagerstrat.

Dat meist verdeihnte mien Vadder, as Schmitt von Beruf, de nu mit ´n Pressluft-hamer bi Heinkel in de Bomber „He 111“, in Akkordarbeit, Nieten rinhamerte.

Oewer nu will ick man wierer oewer mien Stadtbummel vertellen:

Von ´n Niegen Markt gah ick dörch de Kröpeliner Straat. De „Kröpi“ wier all ümmer de Bummelmiel von uns Rostocker Börger. Hier bimmelte un ratterte noch in de döfftiger Johr de „Elektrische“ dörch de engen Straaten, de up beide Sieden von ´n Rönstein einen smalln Börgerstieg harn, up denn an Sün- un Fierdaach de Börger gemütlich hen un her *bummelten*, un sik Schaufinsterutlagen ankeeken.

Man güng ahn tau drängeln un sik antau-rempeln, as dat hüt makmal so is. De Spaziergänger wiern meist Geschäftslüd un Handwarker, de sik uterhalf ehr Geschäfts-un Arbeitstied hier drapen deeden, um sik fründlich tau grüßen, villicht ok gegensiedig wat von ehre Moden aftaukieken. Dor

mang spelunkten fröhlich wi Ströper, frech as Spatzen un niegerig, wat de ölleren Mäten und Jungs so miteinander anstellten. Sünst geef dat dortau weniger Gelägenheit as hüt, wo de Jungens un Mäten tausamen in ein Schauklass sitten un up ´n Schauhoff sik neger kahmen.

As ick Föfteihn wier, güng ick ok giern up ´n *Bummel* dörch de „Kröpi“, um dor villicht ein Mäten tau drapen de tau mi passen künn. Oewer von dat Kriegsjohr 1941 af, löt mi dortau mien Lihr bi Heinkel sowie de HJ- un Luftschutzdeinst man blots noch wenig Tied.

Wat de Stadtgeschicht von de siet 1277 all existierende Kröpeliner Straat bedröpt, mücht ick noch anmarken:

Bit 1945 hemm de iersten tweihunnert Meter Straat, von ´n Niegen Markt bit taun Hoppenmarkt, noch Blautstrat heiten. Oewer denn wör sei - utgeräkend de Blautstrat! - in Stalinstrat ümdööpt. Im vergäwen un ännern von Namen för Straaten un Plätz wiern uns ´ Stadtöbbelsten all ümmer fix dorbi: Ut Kaiser-Wilhelm- un Friedrich-Franz-Straat - wör ein Rosa-Luxemburg- un August Bebel-Straat. Nikolaus Kopernikus löste Adolf Hitler bi Straatennamen af, Lenin denn Börgermeister Maßmann, Thälmann denn Niege Markt und de Niege Markt intwischen werrer denn Ernst-Thälmann-Platz.

All 1417 kehm in Stadtdokumenten de lerstnennung „Blautstrat“ vör, up Latien: *platea sanguinea*. Ein Saga vertellt, dat bi Rostocks Belagerung in ´ Dörtigjährigen Krieg versöcht wör ´, mit einen Geheimgang ünner de Stadtmur dörch, in de Stadt tau kamen. As de „Buddlers“ ut ehren Tunnel nah baben dörchstötten deeden, wörn se entdeckt un dat kehm tau ein fürchterlich Blautbad. Dorher also sall de Nam: Blautstrat stamm ´. Disse Version för ein Namensgäbung geföllt mi, oewer se hett noch einen Haken:

De Dörtigjährige Krieg begünn ierst 200 Johr **nah** de lerstnennung von de Blautstrat. De Ursprung von dissen Straatennamen is dormit bit hüt nich klor. Dat wier oewer kein Grund, einen vör fast 600 Johr geburnen Namen so einfach, mir nix dir nix, uttaulöschen?

Dat geht wierer in de näkst Folg, in ´n November.

Das in plattdeutscher Mundart verfasste Werk wurde unverändert übernommen. Die limitierte Jubiläumsausgabe mit allen 7 Büchern (das Set a 60,- €; Einzeln 10,- €) erschien beim Lübecker Verlag „BuchHandelsGesellschaft“



Spitzenduo für die Europawahl 2019

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, haben Özlem Alev Demirel (34) aus Nordrhein-Westfalen und Martin Schirdewan (43) aus Berlin als Spitzen-Duo für die Europawahl vorgeschlagen. Der Geschäftsführende Parteivorstand unterstützte den Vorschlag. Katja Kipping und Bernd Riexinger dazu: Es gibt in der LINKEN viele engagierte Europapolitiker_innen, darum ist uns die Auswahl schwer gefallen. Dabei war uns wichtig, dass die Breite der Partei angedeutet wird. Özlem und Martin verbindet ihre klare Haltung: für ein anderes Europa, das nicht den Rechten überlassen werden darf. Sie wenden sich gegen Abschottung und Ausgrenzung und stehen für eine Europapolitik, die Menschen nicht aufgrund von Hautfarbe, Nationalität oder Geschlecht gegeneinander ausspielt und die Steuerhinterziehung, Lohndumping und Austeritätspolitik den Kampf ansagt. Europa, das sind die Vielen, die gemeinsam für Abrüstung und fairen Handel, für Klimaschutz und Demokratie auf den Straßen, in Gewerkschaften, in Vereinen und Parlamenten aktiv sind. Es sind vor allem junge Menschen aus Ost- und Westdeutschland, die der autoritären Rechten ein internationalistisches, freiheitliches und demokratisches Europa entgegensetzen. Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewan sind ein überzeugendes Spitzenduo, da sie nicht nur ein hohes Maß an Kompetenz und politischer Erfahrung mitbringen, sondern

auch ökologischen Weitblick, europäische Weltsicht und eine ordentliche Portion Widerständigkeit. Das macht linke Europapolitik aus.

Özlem Alev Demirel kam 1989 als Fünfjährige nach Deutschland, ihre Familie ist alevitisch und links geprägt und musste deshalb aus der Türkei fliehen. Özlem war bei der vergangenen Landtagswahl Spitzenkandidatin der LINKEN in NRW. Özlem saß bereits von 2010 bis 2012 für DIE LINKE im Landtag in Düsseldorf und war mit damals 27 Jahren ab 2011 die jüngste Parlamentarische Geschäftsführerin der Republik. Von 2012 bis 2014 war Özlem Bundesvorsitzende der DIDF (Demokratik I çi Dernekleri Federasyonu / Föderation Demokratischer Arbeitervereine) einer MigrantInnen-Selbstorganisation, die sich für das Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft einsetzt und den Kampf für gleiche politische sowie soziale Rechte in den Fokus stellt. Özlem ist derzeit Gewerkschaftssekretärin bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Sie arbeitete in verschiedenen Bündnissen gegen rechts und Krieg und für soziale Forderungen mit.

Martin Schirdewan ist gebürtiger Berliner, seine politische Heimat ist Thüringen. Der 43jährige, dessen Großvater als Kommunist elf Jahre in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Flossenbürg gefangen gehalten wurde, hat sich von

früher Jugend an dem antifaschistischen Engagement verschrieben. Seit 2011 ist er Redaktionsmitglied der Zeitschrift antifa. Magazin für antifaschistische Politik und Kultur der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN). Seit 2017 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort zuständig für Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik. Eine Banken- und Kapitalmarktunion, die weder krisenfest ist, noch nachhaltiges Wirtschaften befördert hat, brauchen wir nicht. Im Zweifel haftet doch wieder die öffentliche Hand. Wir brauchen eine europäische Investitionsoffensive in die Zukunft, mit der Jobs geschaffen werden, das Steueraufkommen wächst und die Sozialsysteme krisenfest und zukunftssicher ausgebaut werden. Martin hat durch seinen Kampf an der Seite der Siemens-Mitarbeiter_innen, seine Aufdeckung der Steuerzahlpraxis von Apple in Europa und durch seinen Besuch auf Lesbos, wo er sich vor Ort über die Situation Geflüchteter und die Arbeit der Helfenden informiert hat, vielschichtig und eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass linke Politik für ihn nur im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und NGOs funktioniert. Das sind klare Standpunkte und Positionen, die unsere Partei widerspiegeln und deswegen freuen wir uns, dass er sich den kommenden Herausforderungen stellen will.

Aus dem Landtag

Zur Transparenz gehört Offenlegung unternehmerischer Betätigung

Nach Informationen eines NDR-Berichts unterhält ein AWO-Kreisverband eine Kita auf Mallorca. Dazu erklärt die Obfrau der Linksfraktion im PUA „Wohlfahrtsverbände“, Karen Larisch:

„Hier liegt offenbar erneut ein Fall vor, der belegt, dass es dringend erforderlich ist, bei der Förderung der freien Wohlfahrt endlich Transparenz herzustellen. Dies ist auch eines der zentralen Zwischenergebnisse der Arbeit im PUA ‚Wohlfahrtsverbände‘.

Zu einer vollständigen Transparenz über die Verteilung und Verwendung der Mittel gehört aus Sicht meiner Fraktion auch die Offenlegung jeglicher unternehmerischer Betätigung aller Vereine und Verbände, die in welcher Form auch immer öffentliche Mittel erhalten.

Wir fordern die Koalitionsfraktionen er-

neut auf, mit uns den Untersuchungsauftrag des PUA auf alle Kreisverbände der Wohlfahrtspflege zu erweitern. Dies ist schon deshalb erforderlich, um die wertvolle Arbeit der mehrheitlich ehrlichen Verbände zu schützen.“



LYRIK

Sicht heller Demokratie
(von Jürgen Riedel)

Maas und Maaßen:
im vollen Ausmaß Fehlbesetzungen

Angriffskrieg-Parteien
(von Jürgen Riedel)

in gemästeter Selbstgefälligkeit
sehen sie sich
als Hüter der heiligen Kuh Grundgesetz
doch sie schlachten seine hellste Forderung:
nur Verteidigungskrieg!

Russland-Gefahr?
(von Jürgen Riedel)

Psychiater schürft Erkenntnis:
Verfolgungswahn
Geschichtspräsident der historisch statt töricht denkt
lotet aus:
Sprengsatzstarkes Großmachtstreben

Befund über bundesdeutsches
Nebelkerzen-Ministerium
für Verteidigung

Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Anlässlich des Stadtgeburtstages 2018 weist der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hin. In dieser Ausgabe geht es um die Astronomische Uhr in der Rostocker Marienkirche.

Es gibt nicht viele Zeugen der gesamten Geschichte der Stadt Rostock. Aber die einzigartige Astronomische Uhr in der Marienkirche, ein technisches Kunstwerk von Weltgeltung, hat davon mehr als 600 Jahre begleitet. Als am 1. Januar 2018 die neue, bereits vor vielen Jahren von Prof. Manfred Schukowski berechnete Kalenderscheibe für die nächsten 133 Jahre an der Uhr angebracht wurde, war das der Startschuss zum 800jährigen Jubiläum der Hansestadt Rostock. Unsere Rostocker Uhr ist weltweit einzigartig. Sie funktioniert als einzige mit ihrem ursprünglichen mittelalterlichen Uhrwerk von 1472 noch immer präzise. Ihre fünf Werke werden täglich von Hand aufgezogen, und täglich stehen Besucher davor, vor allem mittags um 12 Uhr, wenn die sechs Apostelfiguren an der von Jesus Christus vorbei ziehen. An der Uhr sind so viele Details, Reliefs, Zeiger und Skalen zu sehen, so dass manch einer froh ist, wenn jemand in der Nähe ist, der dazu Erklärungen geben kann. Nachdem bereits 1379 eine erste astronomischen Glocken-Uhr in der Marienkirche in Gang gesetzt worden



war, die aber möglicherweise 1398 beim Einsturz des im Bau befindlichen Langhauses beschädigt oder zerstört wurde, wurde dann 1472 unsere „neue“ Uhr von Hans Düringer fertiggestellt. Wir bewundern heute die Kunstfertigkeit und hohe Kompetenz der damaligen Handwerker. Uhren stellten im 15. Jahrhundert den höchsten Stand der Wissenschaft und Technik dar. Uhrmacher entwickelten die modernsten Werkzeuge. Die Astronomische Uhr ist sowohl ein religiös-technisches Kunstwerk, als auch eine Zeitkapsel, die uns das mittelalterliche Weltbild in drei Etagen geteilt vermittelt. Ganz oben ist der Platz für biblische Figuren, die sozusagen den „göttlichen Uhrmacher“ darstellen, der alles in geordneter Bewegung hält. Die Apostel mit dem segnenden Christus und die Evangelisten als Wächter in den vier Ecken mahnen uns, dass unsere Zeit verrinnt und welcher Augenblick unser Leben angesichts der Ewigkeit Gottes ist.

Die Uhrscheibe in der Mitte zeigt die Mechanik von Sonne, Mond und Erde, aus der unsere Zeiteinteilung abgeleitet wird. Wir erkennen die exakte Uhrzeit, die Mondphasen und die Positionen von Sonne und Mond im Tierkreis sowie den aktuellen Monat. Die Kalenderscheibe unten zeigt das Irdische und Menschliche auf 15 Skalen, mit dem die Rostocker ihr tägliches Leben organisieren können. Umgeben ist sie von den vier Weltweisen.

Nach der Reformation ist die Uhr einige Zeit vernachlässigt worden, aber während der 30jährigen Kriege erhielt sie 1641-43 bei einer umfassenden Wiederherstellung das heutige Aussehen, das die Zeitansage mit dem umgebenden Kirchenraum verbindet. Daran erinnert das Porträt des Senators Zacharias Sebes auf einer der Scheiben am Stundenzeiger, die durch die Schwerkraft in jeder Position immer senkrecht bleibt, so dass man dort auch die Stunde noch einmal mit arabischen Zahlen ablesen kann, während der große Zeiger sie nur mit römischen Ziffern zeigt. 1710 wurde die Waage durch ein Pendel ersetzt, wodurch die Genauigkeit wesentlich verbessert werden konnte. 1835 wurde unsere Uhr bei Bauarbeiten beschädigt, und erst 50 Jahre später wiederhergestellt, wobei sie die 4. Kalenderscheibenbeschriftung erhielt, die jetzt durch die neue Scheibe verdeckt wurde. 1936 hat Karl Eschenburg die Astronomische Uhr genau dokumentiert. Bei den Bombenangriffen 1942 auf Rostock konnten dank des schnellen Eingreifens durch den damaligen Küster Friedrich Bombowski, seine Tochter, weitere beherrzte Bürger die Brände bei der Marienkirche gelöscht werden, indem sie eingeschlagene Phosphorbomben unschädlich machten, bevor diese zu stärkeren Bränden führten. Damit war auch die Astronomische Uhr vorläufig gerettet, aber sie wurde 1943 eingemauert und erst 1951 wieder freigelegt. 1977 wurden die Restaurierungen abgeschlossen und 2001 wurde die Uhr neu justiert. Vom 25. bis 28. Oktober 2012 fand in Rostock ein internationales Symposium zu mittelalterlichen Großuhren statt. Nach wie vor geht die Uhr in allen ihren Teilen und ist ein Besuchermagnet. Es bleibt zu hoffen, dass sie auch in allen kommenden Zeiten die notwendige Pflege und Wartung findet. *Wolfgang Bergt*

Das Tafel-Projekt

Zur 1. Tagung des 6. Kreisparteitages unseres Kreisverbandes im März dieses Jahres stellte ich das Projekt „Tafel“ vor, dass in unserem Stadtteilverband Nordost entwickelt worden war. Ausgehend von den Erfahrungen, die wir im letzten Bundestagswahlkampf gewonnen hatten, sieht das Projekt vor, dass Mitglieder des jeweiligen Stadtteilverbandes, in dessen Bereich die einzelnen Ausgabebestellen liegen, kurz vor und zu den Ausgabezeiten der „Rostocker Tafel“ mit den dort wartenden Tafel-Teilnehmern ins Gespräch kommen, um Wünsche, Hinwei-

se oder Beschwerden zu erfragen. Um die so erhaltenen Informationen gleich korrekt werten zu können und sie in die richtigen Kanäle zu leiten, nehmen an den Aktionen Mitglieder des Ausschusses für Soziales der Bürgerschaft und der Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport teil. Hierfür hatten sich Jutta Reinders und Steffen Bockhahn sofort bereit erklärt, an dem Projekt mitzuwirken. An vier Tagen Anfang Juli haben wir im Nordosten nun begonnen, das Projekt zu realisieren. Leider konnte uns Steffen diesmal nicht zur Seite stehen, da er, schulfe-

rienbedingt, im Urlaub weilte. Durch die Geschäftsstelle waren wir gut mit Material versorgt worden. Andreas Reinke hatte eine passende Zusammenstellung zwischen Mitgebern wie Kulis, Bonbons usw. und Informationsmaterial gewählt. Hierbei war besonders eine Broschüre, die ALG II-Empfängern rechtliche Hinweise vermittelt, hilfreich. Bei den Ausgabebestellen mussten wir feststellen, dass natürlich nicht alle Tafelteilnehmer hier erscheinen. Die Anwesenden nahmen oft für ihre, teilweise vielköpfigen, Familien die Waren in Empfang. Jahres-

zeit-/ferienbedingt waren auch zum Teil von den erwarteten ca. 50-60 Personen nur ein bestimmter Teil erschienen. Über das Überreichen unserer Materialbeutel kamen wir recht schnell mit den Menschen ins Gespräch. Sie waren zum Teil von unserem Anliegen überrascht und hatten auch nicht immer sofort entsprechende Antworten parat. Hier zahlt es sich aus, mit den Leuten, die die Ausgabe betreiben, bereits rechtzeitig in Kontakt zu kommen. Sie erklärten sich bereit, entsprechende Hinweise und Anregungen entgegenzunehmen und zu sammeln. Jutta hat sich sofort dazu entschlossen, mit den Ausgabestellen regelmäßig Kontakt zu halten und entsprechende Informationen aufzunehmen.

Die Erfahrungen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der auf die Tafel Angewiesenen uns sehr aufgeschlossen und freundlich entgegenkamen. Nur ganz wenige, etwa 2 bis 3 Personen pro Termin, lehnten unser Material brüsk ab. Man merkte den Betroffenen an, dass sie sich über unser Engagement und das Interesse an ihnen freuten. Wichtig ist es, offensiv auf die Menschen zuzugehen und ihnen unser Anliegen zu erläutern. Auch sollte man sich ruhig die Zeit nehmen, sich auch einmal neben einen Wartenden zu setzen und seinen Erzählungen geduldig zuzuhören. Manche berichteten gern über ihr Schicksal, Familie und Bekannte und das, was sie bedrückte. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, seien einige der von den Tafelteilnehmern geäußerten Wünsche hier aufgeführt:

- Allgemein begrüßt wurde der Gedanke, eine ermäßigte Monatskarte auf den Warnow-Pass einzuführen. Einige Frauen wiesen darauf hin, dass sie ehrenamtlich tätig und dabei viel unterwegs seien und eine solche Karte dabei sehr hilfreich wäre.
- Auch anderweitig spielt die Mobilität eine bestimmte Rolle. Mehrere Tafelteilnehmer wünschten sich z.B., im Verbindungsweg



- während der Gartensaison eine Bushaltestelle einzurichten, damit sie ihre Kleingärten einfacher erreichen können.
- Moniert wurde z.B., dass Sehbehinderte bei Behördengängen keine Begleitung erhalten.
- Die von der Tafel angebotenen Waren wurden wegen ihrer Qualität von einigen Teilnehmern kritisiert, während andere damit zufrieden waren. Auch das Regime an den Ausgabestellen wurde z.T. wegen vermeintlich fehlender Gerechtigkeit kriti-

siert. Dies kann im Gespräch mit den Ausgabekräften angesprochen werden. Jutta Reinders sammelt die angesprochenen Themen und wird versuchen, mit den zuständigen Stellen Klärung herbeizuführen oder aber sie in die Arbeit des Ausschusses einzubringen.

Den Genossinnen und Genossen der anderen Stadtteilverbände, die dieses Projekt bei sich weiterführen wollen, sei empfohlen, mit den in den Ausgabestellen Tätigen bereits vor dem Termin zu sprechen und sich über die herrschenden Regimeverhältnisse zu informieren. Wir haben z.B. in Dierkow festgestellt, dass dort zwei Gruppen von Tafelteilnehmern bestehen, die alternierend zu den Ausgabeterminen erscheinen, so dass wir eben zweimal an derselben Ausgabe erschienen. In Toitenwinkel wurden wir gefragt, ob wir nicht als Spende Kondome beibringen könnten. Darum wollte sich auch Jutta kümmern.

Als Fazit wäre festzustellen, dass unser Projekt neben den unmittelbar praktischen Ergebnissen, die erzielt werden können, das Ansehen und die Akzeptanz der Linken unter den Tafelteilnehmern durchaus erhöht. Der zeitliche Aufwand ist überschaubar. Die neugewonnenen Kontakte zu den Mitarbeitern der Tafel sind für unsere politische Arbeit im Wohngebiet wertvoll und liefern Ansatzpunkte für weitere Vorhaben.

*Gerd Puchta
Mitglied des Vorstandes des Stadtteilverbandes NO*

Rotfeder und die Kleingärten

Eigentlich ist ja ein Kleingarten nichts für eine Rotfeder. Nur Goldfische fühlen sich in einem Gartenteich wohl. Trotzdem habe ich interessiert die Demo der Kleingärtner vor der Nikolaikirche am 29. September beobachtet. Sie wollen verhindern, dass ihre Gärten dem Wohnungsbau zum Opfer fallen, schon gar nicht dem Bau von Luxuswohnungen. Sie haben Argumente, die ich gut verstehen kann. Sie denken nicht nur an sich selbst und ihre Erholung. Sie tun etwas für die ganze Stadt, wenn sie z. B. Gräben sauber halten. Sie tun etwas für Bienen und für saubere Luft. Ihre grünen Flächen dienen nicht nur der Produktion von gesundem Obst und Gemüse, sondern auch von gutem Klima in der Stadt. Aber ich hatte den Eindruck, dass sie untereinander zerstritten sind und Grüppchen bilden. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssten sie aber geeint auftreten, dachte ich als ich davon schwamm. Und mir ging ein Artikel im Spiegel durch den Kopf, den ich gerade gelesen hatte. Stefan Berg hatte einen Essay über Honeckers Asche,

Sachsens Zorn und einen Film über den ostdeutschen Sänger Gundermann geschrieben. Ich hatte den Film schon zweimal gesehen. Ich halte ihn für die beste filmische Darstellung der DDR-Wirklichkeit. Ich finde ihn großartig, ohne Nostalgie, ohne Denunziation und sehr differenziert, reich, leise, laut, klug, hintergründig, ehrlich, erkenntnisgewinnend und wichtig. Viele meiner Gesprächspartner sind der gleichen Meinung. Stefan Berg schreibt aber, dass er erlebt hat, wie ein Paar unter Protest den Kinosaal verließ: „Ein Scheißfilm ist das. Das ist gar kein Film über Musik, Sauerei.“ Eine Frau machte ihren Unmut über den Unmut laut. „Ihr seid wohl Wessis, wa!“, rief sie. Dann fiel die Tür ins Schloss. Da war sie, die gegenseitige Abgrenzung und das Nichtverstehen des Anderen. Stefan Berg empfiehlt den Westdeutschen, den Film des großartigen Regisseurs Andreas Dresen anzusehen, um das ostdeutsche Lebensgefühl zu verstehen. Ärger-

licherweise erspüren Leute wie Gauland von der AfD dieses Lebensgefühl und machen es für ihre schäbigen Ziele nutzbar. Auch aus den Verletzungen als Folgen der biografischen Brüche für das Selbstwertgefühl der Menschen im Osten, des Reduzierens der DDR auf Urteile wie „Unrechtsstaat“ und „totalitär“, speise sich die „Pegida-AfD-Merkel-muss-weg-Bewegung“, meint der Autor. Wir müssen aufpassen, dass nicht auch rechte Demagogen auf den Unmut der protestierenden Kleingärtner aufspringen, um ihr unappetitliches Süppchen zu kochen. Wir dürfen ihnen diese Themen und Räume nicht überlassen.

Das meint eure Rotfeder



Eine Zäsur in der Parteigeschichte

Am 27. September 1998 wurde der 14. Deutsche Bundestag gewählt. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), als parlamentarische Gruppe seit 1990 im Bundestag präsent, erreichte mit 5,1 Prozent der Zweitstimmen erstmals Fraktionsstärke und zog mit 36 Abgeordneten ins höchste deutsche Parlament ein. In den Jahren nach der Proklamation der deutschen Einheit führte die PDS zunächst einen zähen Überlebenskampf. Nach dem Willen der in Deutschland herrschenden Klasse und der etablierten politischen Parteien sollte für eine Organisation demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten kein Platz im politischen System der Bundesrepublik sein. Die Mitglieder liefen der Partei in Scharen davon und in der Bevölkerung herrschte verständlicherweise viel Skepsis, ob die Abkehr vom Stalinismus glaubhaft und von Dauer sein würde. Vor allem durch ihr Engagement vor Ort gewannen die PDS-Mitglieder Schritt für Schritt Vertrauen, was nach und nach auch zu ansteigenden Wahlergebnissen in Kommunen, den ostdeutschen Ländern und im Bund führte.

Die Ereignisse vor zwanzig Jahren markieren eine Zäsur in der Geschichte der Partei. Parallel zur Bundestagswahl führten die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zur ersten SPD-PDS-Landesregierung. 1999 zogen sechs PDS-Abgeordnete ins Europäische Parlament ein und die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung erhielt endlich Mittel aus dem Bundeshaushalt. Eine gewisse Normalisierung ging einher mit anhaltenden Angriffen auf die PDS, die ihrerseits nicht wenig Lehrgeld zahlen musste. Auf der Landesebene, in Mecklenburg-Vorpommern, ließ sich beispielsweise die in der Opposition ge-

machte Ankündigung, die Arbeitslosigkeit relevant zu senken, nicht realisieren. Der notwendige, letztlich jedoch ungenügend in Schwung kommende Westaufbau der Partei führte dazu, dass das Gespür für den Osten etwas verlorenging, wenngleich seinerzeit nur jeder sechste PDS-Bundestagsabgeordnete aus dem Westen kam. Hier und da trat Selbstzufriedenheit an die Stelle der Selbstironie der ersten Jahre.



Letztlich schaffte die PDS bei der Bundestagswahl 2002 nicht den abermaligen Einzug als Fraktion. Es bedurfte in den Jahren danach eines neuen Aufbruchs, der 2007 zum Zusammenschluss der Parteien PDS und WASG zur Partei DIE LINKE führte.

Die Wahl vom September 1998 brachte noch ein Novum: die komplette Abwahl einer Bundesregierung, in diesem Falle der von Union und FDP. SPD und PDS legten zu, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und FDP verloren leicht, die Union schmierte ab. Die Wechselstimmung nach schier endlosen Regierungsjahren von Helmut Kohl führte, begleitet von vielen Hoffnungen,

zur Regierung von SPD und GRÜNEN unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Ein böses Erwachen sollte folgen. Nur wenige Wochen nach der Wahl trat Deutschland erstmalig nach 1945 in einen Krieg ein, den Jugoslawienkrieg. In den Jahren danach folgte ein bislang nicht dagewesener Sozialabbau, unter anderem mit einer Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus, der Installierung eines umfangreichen Niedriglohnssektors, den Hartz-Gesetzen und mächtigen Steuergeschenken an Banken und Konzerne.

Der 14. Deutsche Bundestag konstituierte sich am 26. Oktober 1998. Er wurde vom Alterspräsidenten Fred Gebhardt, Mitglied der PDS-Fraktion, eröffnet. Unter anderem sagte der über die hessische Landesliste gewählte Abgeordnete: „Als Angehöriger einer Familie, die während der Nazidiktatur verfolgt wurde, registriere ich mit großer Sorge den wachsenden Zulauf zu rechtsextremen Parteien, die wachsende Akzeptanz für deren verlogene Ideologie und Politik. Bei allem Streit, Kolleginnen und Kollegen, den wir untereinander führen werden, sollten wir einig sein in der Bekämpfung von nationalsozialistischem Größenwahn, von Rassismus und Antisemitismus. (...) Unter anderem deshalb hoffe ich sehr, daß der 14. Deutsche Bundestag Kraft findet, für Nichtdeutsche, die in unserer Gesellschaft leben, bessere Integrationsmöglichkeiten zu finden und Chancengleichheit herzustellen. Nur Menschen, die gleiche Rechte haben, werden auch als gleichwertig angesehen. Zu Recht haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes in Art. 1 die Würde aller Menschen – nicht nur der Deutschen – hervorgehoben.“ Er bekam dafür Beifall aus allen Fraktionen.

www.dietmar-bartsch.de

DIETMAR BARTSCH ZU GAST IN ROSTOCK

Am 4. September begrüßten wir im Mehrgenerationenhaus Evershagen unseren Bundestagsabgeordneten Dr. Dietmar Bartsch. Dietmar berichtete im ersten Teil über die Arbeit im Bundestag. Die letzte Bundestagswahl ist schließlich schon wieder ein Jahr her. Im zweiten Teil ging Dietmar auf die Lage innerhalb der Linkspartei ein. Es gäbe zu viel Streit in der Partei, was uns sehr schade. Besonders kritisch setzte er sich mit dem Leipziger Parteitag auseinander und kritisierte die Parteitagsregie. Den Parteivorstand forderte er auf, enger mit der Spitze der Bundestagsfraktion zusammenzuarbeiten. Im Umgang mit der am gleichen Tag

öffentlich gestarteten Sammlungsbewegung „Aufstehen“ riet unser Gast zur Gelassenheit. Man solle erst mal schauen und schwere Auseinandersetzungen über diese Frage vermeiden.

Skeptisch zeigte sich Dietmar im Hinblick auf einen innerparteilichen Kompromiss zur Flüchtlingsfrage. Hier gelte es, Unter-

schiede auszuhalten.

Die anwesenden Genoss*innen (auch aus dem Landkreis waren Interessierte ange-reist) nutzten die Gelegenheit, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Fragen zu stellen und Ansichten mit auf den Weg zu nehmen.



TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Sa., 6.10.	10-15 Uhr	Friedens- und Konversionskonferenz (s. unten)	Wolgast	
Di., 9.10.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Kostenloser Nahverkehr für Rostock? Arbeitstreffen Initiative Sozialticket, auch am 23.10.	Rostock	Augustenstraße 78, Eingang Schröderstraße
Sa., 13.10.	13:00 Uhr	Unteilbar-Demonstration	Berlin	Alexanderplatz
So., 14.10.	17:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Gemeinschaftliches Leben in selbstorganisierten Wohnprojekten"	Rostock	Café Median, Niklotstr. 5
Mi., 17.10.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Broderst.	"Mooreiche"
Do., 18.10.	18:30 Uhr	Sitzung des Rostocker Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 20.10.	10:00 Uhr	2. Tagung des 6. Landesparteitages	Grimmen	Kulturhaus, Heinrich-Heine-Str. 1
Sa., 20.10.	18:00 Uhr	"Wie kann eine progressive Drogenpolitik aussehen?" Vortrag/Diskussion mit F. Tempel	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Sa., 20.10.		Proteste gegen AfD-Aufmarsch		
Do., 25.10.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen, Gast: Carsten Penzlin	Rostock	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Fr., 26.10.	16:00 Uhr	Aufstellung des Wahlbewerbers zur OB-Wahl	Rostock	Stadhalle
Sa., 27.10.	11-15 Uhr	RotFuchs u.a.: Festveranstaltung "Vorwärts mit Marx in eine friedliche Zukunft"	Rostock-Toitenwin.	SBZ Olof-Palme-Str. 26
Mi., 31.10.	18:00 Uhr	"Linksein im 21. Jahrhundert", Veranstaltung mit Petra Pau und Torsten Koplin (s. S. 16)	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21

Friedens- und Konversionskonferenz der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei. Sie tritt für Gewaltfreiheit ein. Aus dieser Haltung leitet sie ihr Engagement gegen Krieg, Bruch des Völkerrechts und der Verletzung der Menschenrechte ab. Neben der Kritik an Aggressoren und Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es uns stets um Aufklärung über Zusammenhänge von Konfliktursachen.

Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen, Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Gewaltprävention und zivilen Konfliktlösungen. Konversion ist für DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern sowohl eines der Mittel wie auch der Voraussetzungen für Frieden und Konfliktprävention. So hat sie sich ideenreich und aktiv an Konzepten und konkreten Maßnahmen zur Konversion militärischer Liegenschaften und Technik sowie der sozialen Sicherung und beruflichen Umorientierung von Militärpersonal in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Im Jahr 2002 wurde in Regierungsverantwortung durch die damalige PDS ein eigenständiges Konversionskonzept erarbeitet. Wir sind stolz darauf, dass das spätere Konversionskonzept des Landes somit unsere Handschrift trägt. Mitglieder der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern sind in regionalen und lokalen Friedensbündnissen beteiligt, organisieren Ostermärsche und Friedensfeste oder bringen ihren Friedenswillen mit künstlerischen Mitteln zum Ausdruck.

Unsere Partei steht in der Verantwortung, angesichts einer sich rasant wandelnden Welt, zunehmender Bedrohungen des inneren wie äußeren Friedens und der wahrnehmbaren Verrohung gesellschaftlicher

Sitten, ihre friedenspolitischen Vorschläge weiterzuentwickeln. Im politischen Alltag ist sie dabei mit alten und neuen Auseinandersetzungen konfrontiert. Zu ersteren zählen Konflikte, die sich jeweils vor Ort dort ergeben, wo Beschäftigte ihren „Brotterwerb“ und somit ihre Existenzgrundlagen und die ihrer Familien aus der Herstellung von Waffen bzw. kriegsfähiger Produkte beziehen.

Am Wirtschaftsstandort Wolgast, mit seiner Lürssen-Werft, bricht dieser Widerspruch offen zutage. In einer wirtschaftlich strukturschwachen Region hat sich seit vielen Jahren der Widerspruch zwischen friedenspolitischen Positionen der LINKEN einerseits und Argumenten der Notwendigkeit der Existenzsicherung für hunderte Familien andererseits geradezu zementiert. Begleitet wird die Diskussion durch eine Debatte darüber, was unter der Produktion kriegsfähiger Güter zu verstehen sei.

DIE LINKE. M-V steht vor der Herausforderung, unter Bekräftigung ihres Anspruchs als Friedenspartei, Vorschläge für eine zivile Produktion zu unterbreiten und somit den Menschen in dieser, wie in anderen Regionen auf ähnlichem wirtschaftlichen Hintergrund, Perspektiven zu bieten. Diesem Anspruch will sich die Friedens- und Konversionskonferenz der LINKEN. M-V widmen. Im Ergebnis der Diskussion sollen Impulse für die Weiterentwicklung konversionspolitischer Ansätze gegeben werden. Weiterhin geht es um konkrete Alternativen für einen konsequent auf zivile maritime Produktion ausgerichteten Wirtschaftsstandort. Die Konferenz sollte Gelegenheit für Kinder und Jugendliche eröffnen, ihre Sichtweisen zum Thema Frieden in Form von Zeichnungen, Collagen und Fotos zu präsentieren. Als Anerkennung ist die Prämierung der besonders eindrucksvollen Arbeiten vorgesehen.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Denken (von Janina Niemann-Rich)

Wenn du wählst
hast du Verantwortung
sie übernimmst
eine Bestimmung
es erkennst
lebst du.

Abschluss (von Janina Niemann-Rich)

Tränentrank getrunken
versunken
im Strom
Ich

Hommage (von Janina Niemann-Rich)

Liebe
Erdzeitalter
wertvoller als der teuerste Wein

Linkssein im 21. Jahrhundert? - Veranstaltung in Rostock

Veranstaltung am 31.10. (siehe Termine auf S. 15)

2018 jährt sich der Geburtstag von Karl Marx zum 200. Mal und es gibt keinen Zweifel daran, dass der große Philosoph aus Trier heute eine Renaissance erlebt. Kein anderer Vordenker hat die politische Linke mit seinen gesellschaftlichen und ökonomischen Grundsätzen bis heute so stark und nachhaltig beeinflusst wie Marx. Doch wie aktuell sind Karl Marx und seine Thesen und Ideen von damals noch – heute im 21. Jahrhundert?

Allgemein lässt sich feststellen: Der Kapitalismus entwickelt sich ungleich. Er führt weltweit zu Spaltungen der Gesellschaften und verschärften regionalen und sozialen Auseinandersetzungen. Damit einher geht ein weltweit zu beobachtender Rechtsruck – auch hier in Deutschland gibt es Verschiebungen im politischen Koordinatensystem. Mit der AfD ist nun erstmals eine Partei in den Deutschen

Bundestag eingezogen, die offen und aggressiv völkische, rassistische, islamophobe, antisemitische sowie antifeministische Positionen vertritt – und damit Erfolg hat. Dieses illiberalen, nationalen und autoritären Kulturkampfes von rechts bedarf es einer starken Antwort von links!

Doch wie kann diese Antwort aussehen? Was sind die Koordinaten eines demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und was bedeutet heutzutage eigentlich noch „Linkssein“? Welche Anknüpfungspunkte lassen sich dafür bei Karl Marx finden und welche Thesen bedürfen eine Modernisierung?

Gemeinsam mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und dem Landesvorsitzenden der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern Torsten Koplín, begeben wir uns auf die Suche nach des Pudels Kern und diskutieren über das „Linkssein“ von heute sowie die damit verknüpften gesellschaftlichen Herausforderungen.



Gewinner: Unsere Genoss*innen in Grimmen haben binnen weniger Tage 1.373 Unterschriften gegen den Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaft gesammelt. Damit konnte der Verkauf erst einmal verhindert werden. Wir gratulieren zu diesem Erfolg. Links wirkt!

Verlierer: Die Rostocker AfD. Selbst Stargast Björn Höcke vermochte es nicht, die Massen für die AfD auf die Straße zu holen. Es kam wieder einmal nur der harte Kern. Sind sie wenigstens intelligent genug zu begreifen, dass weitere Aufmärsche in Rostock keinen Sinn machen?

Monatszitat

„Von der Linksfraktion wird niemand beim Staatsbankett mit Erdogan am Tisch sitzen. Denn wir dinieren nicht mit einem Geiselnnehmer, der Zehntausende politische Gefangene einkerkern lässt, islamistische Terrorbanden in Syrien unterstützt, Nachbarländer völkerrechtswidrig angreift und einen Krieg gegen die Kurden führt.“ Sahara Wagenknecht

Monatszähl

3000 Euro: So viel hat die Finanzkrise eine vierköpfige Familie in Deutschland gekostet – das hat der Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick jetzt ausgerechnet.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer berichtete am 4. September von der Arbeit im Bundestag?
2. Wo veranstaltete die LINKE aus dem Landkreis im September ein Sommerfest?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.11.2018

